



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Rede anlässlich der Sommervollversammlung der Handwerkskammer für Mittelfranken
am Montag, 22. Juni 2009 in Nürnberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte heute ein wichtiges Thema ansprechen: den Fachkräftemangel.
Und ich möchte ein brachliegendes Potential zur Lösung dieses Problems ansprechen –
das Potential von Migranten, das gerade in einer Stadt wie Nürnberg enorm ist.

Aber ich wäre keine Wirtschafts-Staatssekretärin, wenn ich mit ihnen nicht zunächst über
das spreche, was Ihnen zurzeit am meisten unter den Nägeln brennt die Wirtschaftskrise.

Mir war es vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse besonders wichtig heute her zu
kommen. In der letzten Zeit dominieren vor allem gestrauchelte Großkonzerne die Medien.

Das ist bedauerlich, da der Eindruck entsteht, sie wären, es die das Fundament der
Wirtschaft darstellen. Es entsteht zu dem der Eindruck die Politik würde nur den Großen
helfen. Beides ist falsch.

Zugegeben: Auch ich habe beispielsweise am 27. Mai als Tausende von Karstadt-
Mitarbeitern vor dem Bundeswirtschaftsministerium demonstrierten das Gespräch gesucht.
Ich habe Nürnberger Karstadt-Mitarbeiter in mein Büro eingeladen und wir haben Problem
und Lösungen erläutert. Die Beschäftigten können ja am allerwenigsten etwas für ihre Lage.
Aber das war nicht der wichtigste Termin meines Tages.



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Wichtiger war es mit rund 100 bayerischen Handwerkern
zusammenzukommen, mit denen ich von Krediten bis hin zu Steuern über
alles diskutiert habe.

Für mich sind solche Veranstaltungen auch ein Signal:

Wenn die Großen einen Termin in Berlin bekommen – dann bitte schön auch die Kleinen.
Aber weil nicht alle Kleinen nach Berlin kommen können, komme ich halt zu ihnen.
Deswegen bin ich heute hier.

Konjunkturpolitik für das Handwerk

Die wichtigste Nachricht für das Nürnberger Handwerk zuerst:

Seit kurzem steht das kommunale Investitionsprogramm (Konjunkturpaket II) für Nürnberg.

Rund 37 Millionen fließen hier in unsere Stadt. Vor allem wird das Geld in Schulen und
Kindergärten investiert und hier wiederum insb. in energetische Sanierung.

Das ist eine gute Sache. Vor allem für das Handwerk. Wichtig ist jetzt, dass die Mittel zügig
fließen. Damit das geschieht, haben wir die Vergabebestimmungen für öffentliche Aufträge
gelockert. Allerdings darf man hier auch nicht zu euphorisch sein. Es sind viele Schritte vom
Beschluss des Konjunkturpaketes bis hin zur Auftragsvergabe durch die Kommunen.

Dennoch spüren die Ingenieurbüros in Nürnberg bereits die ersten Wirkungen des
Konjunkturpaketes. Ende des Jahres werden auch die ersten Aufträge konkret an die
Nürnberger Handwerksbetriebe gehen. Und mit der großen Auftragswelle ist ab Frühjahr
nächsten Jahres zu rechnen.

Das wird für Handwerk und Baugewerbe zusätzliche Impulse setzen.

Bereits mit dem ersten Konjunkturpaket wurde ja eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg
gebracht, die gezielt dem Mittelstand und dem Handwerk zu Gute kommen.



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Verdopplung der steuerlichen Anrechenbarkeit der Handwerkerleistungen in privaten Haushalten auf 20% von 6000 €. Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine oder mittlere Unternehmen sowie die befristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Güter des Anlagevermögens von 25%.

Das Bau- und Ausbaugewerbe profitiert auch von der von der Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms um 3 Mrd. €. Das Programm wird sehr gut angenommen. Förderungsfähig sind jetzt auch Einzelmaßnahmen, wie der Einbau energiesparender Fenster.

Unions-Politik für Mittelstand, Eigentum und Leistungsträger

Kürzlich konnte die Union im Bundestag eine Reihe von Verbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung durchsetzen. Hierdurch entlasten wir die Wirtschaft um rd. 2,6 Mrd.

Entschärfung der Zinsschranke (Entlastung 60 Mio. Euro), Erhaltung von Verlustvorträgen bei Sanierungen (Entlastung 595 Mio. Euro) Anhebung der Ist-Versteuergrenze bei der Umsatzsteuer (Entlastung 1,95 Mrd. Euro)

Auch wenn die Sozialdemokraten diese Maßnahmen zunächst einmal nur zeitlich befristet zugestanden haben, so ist dies doch in der aktuellen Krise ein wichtiges Signal für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Union wird hier aber nicht locker lassen und sich weiterhin für eine unbefristete, dauerhafte Nachbesserung bei der Unternehmensbesteuerung einsetzen.

Genauso wie wir in der kommenden Legislaturperiode bei der Erbschaftssteuer nachbessern wollen. Wir brauchen insgesamt mehr Freiraum für Unternehmertum, Respekt für das auf diesem Weg erwirtschaftete Eigentum und eine Förderung von Leistungsträgern.



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Das ist mit der SPD nicht zu machen. Das zeigt auch ihr Wahlprogramm.
Eingangssteuersatz senken, Spitzensteuersatz erhöhen, mehr Sozialleistungen.

Was hat die Mittelschicht davon, der Facharbeiter, der Handwerker? Nichts.
Vielmehr müssen sie noch zusätzliche Belastungen fürchten. Die Erhöhung des
Spitzensteuersatzes trifft auch Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen.

Die Union wird hier stattdessen klare Entlastungen für die Leistungsträger schaffen.
So wollen wir z.B. den Höchststeuersatz verschieben. Denn die Höchststeuer betrifft heute
nicht mehr nur Spitzenverdiener, sondern bereits viele Facharbeiter, Handwerker und
Kleinunternehmer.

Auch den Mittelstandsbauch müssen wir abflachen. Lohnerhöhungen müssen auch wirklich
bei denjenigen ankommen, die sie erarbeitet haben. Wir brauchen eine starke bürgerliche
Regierung, die klar macht, dass das was verteilt wird vorher auch erwirtschaftet werden
muss.

Bei den vielen Mrd. Euro die in diesen Tagen vom Staat bewegt werden, sollte man eines
nicht vergessen: Alles was an öffentlichen Mitteln verfügbar ist, stammt aus Steuern und
Abgaben – der heutigen ebenso wie der kommenden Generation.

Die aber werden nur durch den Einsatz privater Mittel, von Sachgütern, Finanzen und
persönlicher Leistung zustandegebracht. All die schönen Produktionsmittel die wir haben,
bewegen sich nicht von selbst. Sie müssen eingesetzt, bearbeitet, an den Mann und an die
Frau gebracht werden.

Sie fallen dem Einzelnen nicht in den Schoß. Er muss sie sich erwerben, unter Einsatz von
Arbeit, von Risikobereitschaft und Verantwortungslast.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Und dabei muss man beachten: Viele Menschen wären gerne Eigentümer – aber nicht Eigentümer von Produktionsmitteln, sondern von Konsumgütern. Fast jeder will über konsumfähiges Einkommen verfügen, aber nur wenige über produktives Eigentum.

Von diesem Eigentum hält man sich fern, denn sein Einsatz ist mit Mühe und Risiko verbunden. Viele junge Menschen ziehen eine abhängige Beschäftigung mit geregelter Arbeitszeit und festem Gehalt der Übernahme des elterlichen Betriebes vor.

Eigentum ist die Grundlage unseres Gesellschaftssystems. Es ist die Grundlage für Freiheit, schöpferische Kraft und Unternehmertum. Und seine Wohltaten entfaltet es dort am besten, wo es im Mittelstand verankert ist. Denn dort ist man sich auch der Verantwortung bewusst, die Eigentum mit sich bringt.

Der Mittelständler ist ein Verantwortungs-Eigentümer.

Damit distanziert er sich grundlegend von den vielen Wegschau-Eigentümer, Spekulations-Eigentümer und Anonym-Eigentümer, die mit der Finanzkrise in Verbindung stehen.

Sicherung der Kreditfinanzierung

Und wo wir grad bei Spekulations-Eigentümern sind, noch ein Wort zum Finanzmarkt. Ganz entscheidend für die mittelständische Wirtschaft ist es jetzt, eine Kreditklemme zu vermeiden. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung den Unternehmen zusätzlich 115 Mrd. Euro an Krediten, Bürgschaften bzw. Garantien zur Verfügung gestellt.

Die Nachfrage nach Krediten hat sich seit Anfang März beschleunigt und nimmt weiter deutlich zu. Bislang liegen Kreditanträge von rund 5 Mrd. Euro vor. Wichtig ist jetzt, den Bekanntheitsgrad des Kredit- und Bürgschaftsprogramms weiter zu verbessern – und Beratung zu geben.



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Die KfW führt derzeit mit einem Bus eine bundesweite Info-Tour durch. Am 03.07.2009 in Nürnberg (Jakobsplatz, 10-18 Uhr). Mein Ministerium steht dem Mittelstand mit einer Hotline zur Verfügung (0180 5 615 007). Am 26. Juni werde ich eine eigene Veranstaltung zum Thema hier in Nürnberg machen.

Was mir wichtig ist und in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden soll:
Neben den Krediten des Wirtschaftsfonds stehen den mittelständischen Unternehmen die „traditionellen“ Finanzierungsangebote von KfW- und der ERP-Wirtschaftsförderung weiterhin zur Verfügung. Es gibt hier eine Reihe von Förderprogrammen, die zinsverbilligt sind und damit wesentlich günstigere Konditionen haben als das Sonderprogramm.

Eins möchte ich an dieser Stelle noch klarstellen:

Nur im Kern gesunden Unternehmen, die durch die Wirtschaftskrise in Not geraten sind, können mit den Mittel des Wirtschaftsfonds unterstützt werden. Dabei darf es keine Unterscheidung zwischen Groß und Klein, zwischen den Unternehmen, die laut rufen und denen die sich nicht in die Schlagzeilen drängen.

Aber leider war es wochenlang leider immer dasselbe Bild: Noch bevor der Antrag eines Großunternehmens auf staatliche Bürgschaften fachlich geprüft wurde, steht schon ein Genosse von der SPD vor der Kamera und verkündet Staatshilfe.

Das ist nicht aufrichtig. Es ist ein Spiel mit den Sorgen von Beschäftigten – und es ist ein Spiel mit dem Geld des Steuerzahlers. Ich wünsche mir hier mehr Ehrlichkeit. Wir können nicht ernsthaft jedem Arbeitnehmer in Deutschland versprechen, dass der Staat seinen Arbeitsplatz rettet. Aber wir müssen gesunden, zukunftsfähigen Betrieben helfen, die unverschuldet in Not gekommen sind.

Werden diese Kriterien vom Hilfesuchenden erfüllt?



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Das gilt es sorgfältig zu prüfen und nicht auf Wahlkampfveranstaltungen zu entscheiden.

Vor allem muss zunächst eine privatwirtschaftliche Lösung ausgelotet werden.

In erster Linie stehen die Eigentümer in der Verantwortung. Und auch mit einer Insolvenz ist noch lange nicht das Ende eines Unternehmens besiegelt.

Das neue Insolvenzrecht ist vor allem ein Sanierungsinstrument. [Off hat es schon funktioniert, so in den Fällen Babcock Borsig, Herlitz und Sinn Leffers.]

Mir geht es vor allem darum, dass der Mittelstand flüssig bleibt. Hier müssen auch die Banken sich ihrer Finanzierungsverantwortung bewusst sein.

Ich werde mich deshalb auch für geänderte Rating-Vorgaben für Banken einsetzen.

Wir müssen verhindern, dass durch eine restriktive Bewertungspraxis bei den Banken die Kreditversorgung zusammenbricht.

Fachkräftemangel / Vielfalt als Chance

Ich möchte zuletzt einen Blick über die unmittelbare Krise hinaus machen.

Es ist momentan ja oftmals so, dass durch den kurzfristigen Blick auf das Krisenmanagement die langfristige Probleme in den Hintergrund geraten.

Das ist natürlich fatal. Ich denke hier nur an das Fachkräfteproblem.

Das Problem verschwindet nicht, auch wenn aktuell die Arbeitskräfte-Nachfrage sinkt.

Mein Ministerium hat eine aktuelle Umfrage bei ca. 1700 Unternehmen aller Branchen durchführen lassen. Die Frage war, wie sich die wirtschaftliche Talfahrt auf das Ausbildungsverhalten sowie auf den Fachkräftebedarf in den Unternehmen auswirkt.

Die Ergebnisse bestätigen frühere Untersuchungen. Es gibt einen großen Handlungsdruck.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Während für das Jahr 2007 nur ein Zehntel der Unternehmen einen großen Fachkräfteengpass erkannte, sind es in der Prognose für die Jahre 2009 und 2010 bereits ein Fünftel.

Der Anteil der Unternehmen, die in einem Fachkräfteengpass kein Problem sehen, geht von rund 60 Prozent im Jahr 2007 auf prognostiziert nur noch 44 Prozent im Jahr 2010 zurück. Über das Jahr 2010 hinaus erwartet fast jedes dritte Unternehmen einen Engpass bei beruflich ausgebildeten Fachkräften.

Aber die Unternehmen haben auch erkannt, was gegen diesen Trend zu tun ist – nämlich ausbilden – auch in der Krise. Unserer Umfrage zufolge dürfte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im kommenden Ausbildungsjahr trotz Krise nur um insgesamt 5,9 % zurückgehen.

Damit kann mit einem Ausbildungsangebot von ca. 580.000 Plätzen gerechnet werden. Diese aktuellen Ergebnisse belegen ein weitsichtiges und verantwortungsbewusstes Ausbildungsverhalten der deutschen Unternehmen in der gegenwärtigen Krise.

Wir müssen hier weiter am Ball bleiben und alle Potentiale ausnutzen, die wir haben. Vor allem die Leistungskraft von Menschen mit Migrationshintergrund wird noch nicht ausreichend eingebunden. Das ist bedauerlich, denn zum einen ist Arbeit das beste Mittel zur Integration und zum anderen entgeht den Betrieben wertvolles Humankapital.

Mit rund 15 Mio. stellen Personen mit Migrationshintergrund fast ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland. In der Altersgruppe bis 25 Jahre stellen sie einen Anteil von 27,9%. Bei den unter 6-Jährigen ist es fast ein Drittel. Das ist die Gruppe der Zukunft. Gerade Nürnberg ist eine besonders multikulturelle Stadt.



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Allein der Ausländeranteil liegt bei 18% (BRD = ca. 9%).

Die Zahl der Ausländer ist in den letzten 20 Jahren in Nürnberg um rd. 36.000 gestiegen. Auch dank der Maßnahmen der BReg (z. B. Nationaler Integrationsplan) konnten in vielen Bereichen spürbare Integrationsfortschritte erzielt werden.

Dies zeigt die Situation der in Deutschland geborenen Migranten.

Bei ihnen liegt z. B. der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss 2007 bereits unter dem Niveau für die Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 25 Jahren. Insgesamt sind im Bildungsbereich Schule positive Entwicklungen zu verzeichnen.

Der Berufsausbildungs- und Arbeitsmarkt bleibt aber nach wie vor ein Problembereich. Lediglich 23,9 Prozent der 18- bis unter 21-jährigen Migranten absolvierten 2007 eine Ausbildung. Bei den Deutschen in dieser Altersgruppe waren es 57,6 Prozent.

Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist mit 20,3 Prozent weiterhin etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Die schlechte Stellung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist dabei nicht auf mangelndes Interesse der Migranten zurückzuführen.

Das ist für mich eine ganz wesentliche Erkenntnis – zeigt sie doch, dass wir das Problem nicht einfach nur bei den Migranten selber suchen sollten. Wir müssen auch auf die andere Seite schauen - auf die Unternehmen, die Arbeitgeber, die Ausbildungsbetriebe.

Hier gilt es zu überzeugen, dass Migranten besondere Vorteile haben. Wir dürfen nicht immer nur über Probleme sprechen, sondern wir müssen auch über Potentiale reden. Vor allem sollten wir – gerade in Nürnberg – über die Potentiale einer kulturell vielfältigen Belegschaft reden.

Eine kulturell vielfältige Belegschaft hat viele Vorteile:



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Sie trägt entscheidend zum Erfolg von Unternehmen auf den weltweiten Märkten bei. Sprach- und Kulturkenntnisse sind wichtig für die Erschließung internationaler Märkte und den internationalen Kundenkontakt

Eine kulturell heterogene Mitarbeiterstruktur kann dabei helfen, neue Kundengruppen zu erschließen und neue Produkte zu entwickeln. Denn ein wachsender Teil der Konsumenten ist nichtdeutscher Herkunft.

Wer qualifizierte Mitarbeiter sucht, muss für Bewerber attraktiv zu sein. Ein tolerantes Arbeitsklima und aufgeschlossene Arbeitskollegen sind für viele Arbeitnehmer ein wichtiges Kriterium. Trotz all dieser nachweisbaren Vorteile einer entsprechenden Personalpolitik haben wir in Deutschland noch Nachholbedarf.

92 % der US-amerikanischen/britischen Unternehmen, 75 % der europäischen Unternehmen aber nur 44 % der deutschen Unternehmen praktizieren sog. Diversity Management, also ein Management, das Vielfalt im Unternehmen gezielt fördert und organisiert.

Wer denkt, dass ist nur ein Thema für Großbetriebe, der irrt. Der Wettbewerb um begehrte Fachkräfte wird in Zukunft härter. Und mit den Gehältern von Großunternehmen können die Kleinen nicht konkurrieren. KMUs können den Wettbewerb nur mit attraktiveren Arbeitsbedingungen gewinnen. Dazu gehört auch ein Bekenntnis zur Anerkennung und Förderung von Vielfalt im eigenen Unternehmen.

Ein wichtiges Signal dafür ist die sog. „Charta der Vielfalt“. Die Charta der Vielfalt ist eine freiwillige Selbstverpflichtung. Sie wurde im Dezember 2006 von vier Unternehmen ins Leben gerufen, von der Deutschen Bank, der Deutschen Telekom, von Daimler und der Deutschen BP.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:

Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis

Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de

22. Juni 2009

Die Schirmherrschaft hat damals Frau Bundeskanzlerin Merkel übernommen. Heute, über zwei Jahre später, sind über 500 Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber mit über vier Millionen Beschäftigten Mitglieder der Charta der Vielfalt.

Die Charta ist damit eines der größten Unternehmensnetzwerke in Deutschland. Die Unterzeichner stehen für eine moderne Personalpolitik, die auf Einbeziehung und gegenseitigem Respekt basiert. Sie verpflichten sich, die unterschiedlichen Talente in ihrer Belegschaft wertzuschätzen und zu fördern. Sie erkennen an: Vielfalt ist ein wirtschaftlichen Erfolgsfaktor.

Die unterschiedlichen Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eröffnen Chancen für innovative und kreative Lösungen. Aber ausgerechnet in Nürnberg – einer Stadt mit überdurchschnittlich vielen Migranten – haben bislang nur wenige mit der Charta der Vielfalt ein klares Zeichen gesetzt.

Die Sparkasse Nürnberg, die Bundesagentur für Arbeit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben die Charta unterschrieben – aber kein einziges Unternehmen aus Industrie, Handel oder Handwerk. Wir sollten hier ein Signal setzen, indem auch Nürnberger Betriebe die Charta unterzeichnen.

Lassen sie uns hier etwas auf die Beine stellen.

Unterzeichnen Sie die Charta. Ich stehe hier als Ansprechpartnerin, Organisatorin und Schirmherrin zur Verfügung.